

Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen in Oberfranken

Maier, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Maier, J. (2008). Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen in Oberfranken. In J. Maier (Hrsg.), *Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für periphere ländliche Räume in Bayern: Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume, Teil 1* (S. 42-55). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-341154>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Jörg Maier

Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen in Oberfranken

S. 42 bis 55

Aus:

Jörg Maier (Hrsg.)

Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für periphere ländliche Räume in Bayern

Arbeitsmaterial der ARL 343

Hannover 2008

Empirische Belege und Forderungen an eine Entwicklungspolitik peripherer ländlicher Räume

In Anlehnung an die formulierten zehn Thesen können Handlungsfelder festgelegt werden. Trotz des für ländliche Teilräume allgemeingültigen Charakters der einzelnen Teilbereiche sollen diese als Verknüpfung für die mittels Fallbeispielen erarbeiteten Ergebnisse und der Konkretisierung der Thesen dienen.

Die Handlungsfelder im Einzelnen sind:

- Bevölkerung
- Soziale Situation in ländlichen Teilräumen in Verbindung mit Siedlungsstrukturen
- Interkommunale Kooperation
- Versorgung / Erreichbarkeit / Mobilität
- Tourismus / Endogene Potenziale
- Gewerbliche Kooperation / Zukunft des Gewerbes

Jörg Maier

Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen in Oberfranken

Gliederung

- 1 Grundlagen der Diskussion
 - 1.1 Der demographische Wandel in unserer Gesellschaft
 - 1.2 Entwicklungen und regionale Strukturen der Bevölkerung in Oberfranken als Beispiel peripherer ländlicher Räume
- 2 Zur Frage der Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen in Oberfranken
 - 2.1 Allgemeine strategische Aussagen
 - 2.2 Auswirkungen auf den Handels- und Dienstleistungssektor
 - 2.3 Auswirkungen auf Einrichtungen im Gesundheitssektor
- 3 Diskussion möglicher Strategien zur Regelung der Probleme
 - 3.1 Ziele und Handlungsanleitungen allgemeiner Art
 - 3.2 Länder-, regional- und branchenspezifische Vorschläge
 - 3.3 Zivilgesellschaftliches Engagement als notwendige Ergänzung zur staatlichen Daseinsvorsorge

Literatur

1 Grundlagen der Diskussion

1.1 Der demographische Wandel in unserer Gesellschaft

Der demographische Wandel betrifft die Gesellschaft insgesamt, wobei die Zunahme der Lebenserwartung und die unzureichende Reproduktion im generativen Verhalten der Bundesbürger zu einer Alterung der Gesamtbevölkerung führt, begleitet von einer zunehmenden Vereinzelung (Single-Haushalte) sowie einer durch die internationalen Wanderungszuwächse bedingten Heterogenisierung der Gesellschaft im Sinne kulturellen und religiösen Hintergrunds. Da jedoch die Bevölkerungsentwicklung aller Wahrscheinlichkeit nach regional unterschiedlich verlaufen wird, etwa aufgrund des weiterhin gegebenen Trends der Suburbanisierung, dürfte die Betroffenheit der Kommunen in Bayern ebenso unterschiedlich sein. Hinzu kommt noch, dass Prognosen auf gesamtdeutscher oder auch landesweiter Ebene nur teilweise Hinweise auf die lokale Situation und Entwicklung geben, da jeweils spezifische kommunalpolitische Entscheidungen auch eigene Entwicklungen und Strukturen zur Folge haben.

Schon hier können folglich einige ausgewählte Thesen formuliert werden:

- Unsere Gesellschaft war durch Jahrzehnte an wirtschaftliches Wachstum gewöhnt.
- Strategien einer Schrumpfung bei Bevölkerung und Wirtschaft waren und sind deshalb nicht entwickelt.
- Trotz bescheidener Erfahrungen in Bezug auf die Situation in den neuen Bundesländern, insbesondere zum Stadtumbau Ost und zu ersten Erkenntnissen aus dem Stadtumbau West, liegen bislang keine zu generalisierenden Rezepte für die Bewältigung derartiger Veränderungen vor.
- Es ist für alle Beteiligten eine neue Aufgabe, an die alle Akteure nur experimentell herangehen und testen können, welche Auswirkungen sich ergeben.
- Dabei muss beachtet werden, dass diese Prozesse regional überaus unterschiedlich ablaufen bzw. ablaufen werden. Regional differenzierte Betrachtungen mit planerischem Augenmaß sind unerlässlich.

Nicht zuletzt die letzte These führt zur Begründung der Auswahl Oberfrankens bzw. verschiedener Teilräume, um anhand der unterschiedlichen Prozessabläufe regional- bzw. lokalspezifische Regelungsansätze zu diskutieren. Oberfranken zählt nicht nur im kurz- bis mittelfristigen Zeitrahmen in Teilen zum Typus schrumpfende Räume, sondern weist auch im langfristigen Entwicklungsgang deutlich unterdurchschnittliche Werte in Bayern auf.

1.2 Entwicklungen und regionale Strukturen der Bevölkerung in Oberfranken als Beispiel peripherer ländlicher Räume

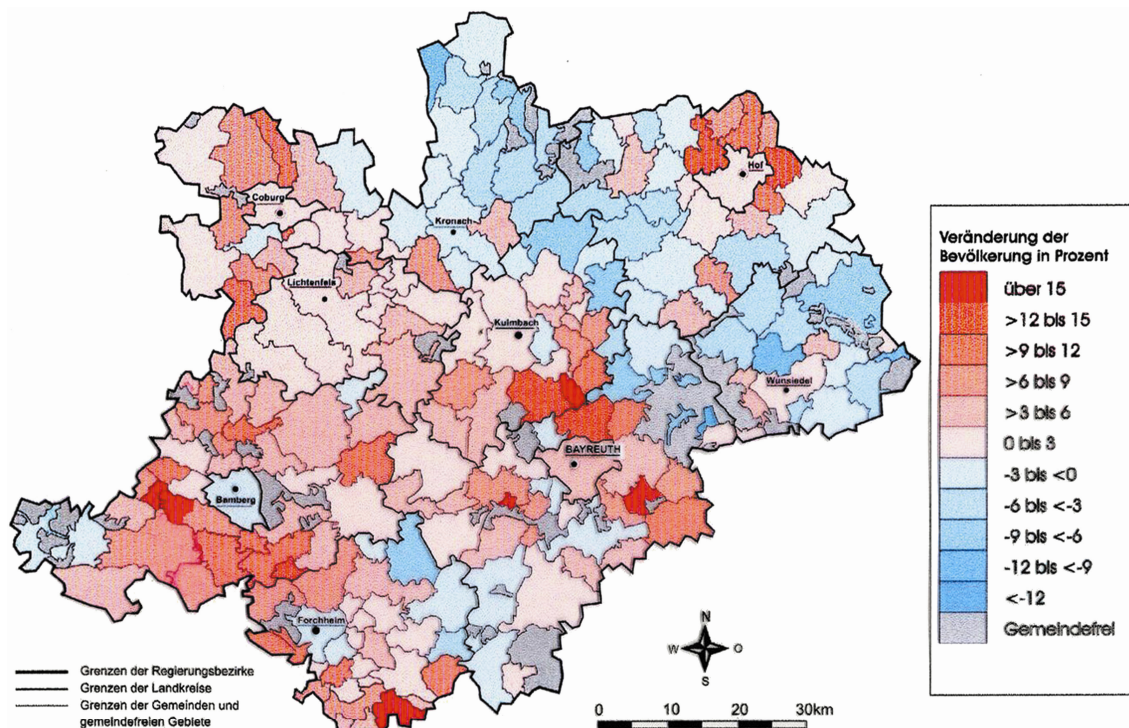
Nimmt man nur die letzten 40 Jahre, so setzte ab den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts ein Bevölkerungsrückgang in dem Maße ein, dass dieser z. B. im Regionalplan der Planungsregion Oberfranken-Ost als eines der Hauptprobleme der Region schon in dieser Zeit bezeichnet wurde. Insgesamt verlor Oberfranken zwischen 1970 und 1987 42.555 Einwohner, ein Rückgang, der sich in weit überwiegendem Maße auf die Region Oberfranken-Ost konzentrierte (- 40.540 Einwohner).

Zu völlig neuen Entwicklungstendenzen kam es durch die politische Wende und die Wiedervereinigung 1989/90. Zuwanderer aus den neuen Bundesländern führten zu einem Ausgleich, teilweise sogar zu einer Umkehr der bisherigen Entwicklungen. Dabei gab es im Jahr 1990 den höchsten Wanderungsgewinn gegenüber der ehemaligen DDR:

über 77.000 Personen bayernweit. Auch für Oberfranken-Ost brachte dieses Jahr die stärksten Gewinne mit 159,7 Personen je 10.000 Einwohner. Generell kann man sagen, dass von dieser Zuwanderung aus den neuen Bundesländern besonders die grenznahen Gemeinden in den Landkreisen Hof, Wunsiedel im Fichtelgebirge, Kronach und Coburg betroffen waren.

Ab dem Jahr 1993 trat ein neues Phänomen auf, das der oberfränkische Raum bislang nicht kannte, nämlich die Auswirkung offener Grenzen. Allmählich setzten sich auch die wirtschaftlichen Beziehungen und „Normalisierungstendenzen“ offener Grenzen durch, die dazu führten, dass sich nach 1992 der Bevölkerungszuwachs verlangsamte und sich teilweise sogar in eine Bevölkerungsabnahme umkehrte. So verloren die peripheren Gemeinden in den Landkreisen Hof und Wunsiedel wieder an Einwohnern, demgegenüber verzeichnen die nördlichen Umlandgemeinden von Bayreuth und Hof einen weiterhin starken Bevölkerungszuwachs von über 10%. Ebenso gewannen die Gemeinden südöstlich von Bayreuth und entlang der Autobahn A 9 an Bevölkerung (vgl. Abb. 1).

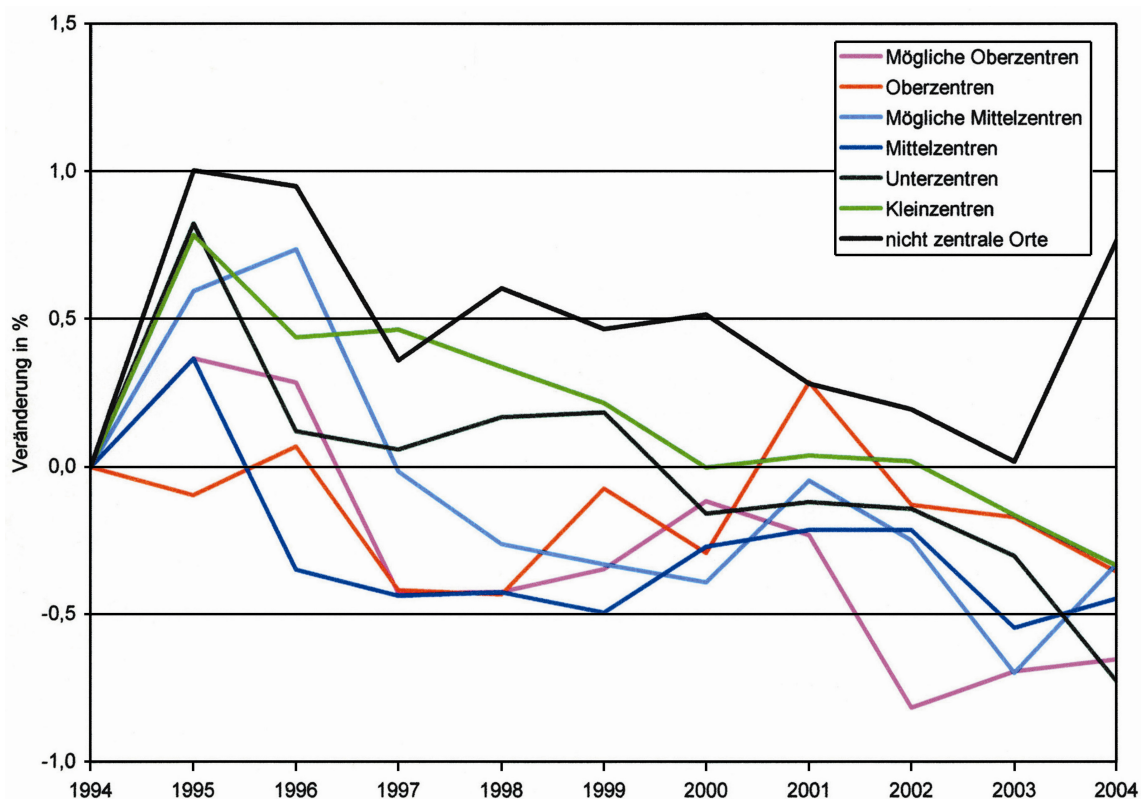
Abb. 1: Entwicklung der Bevölkerung in den Gemeinden Oberfrankens zwischen 1994 und 2000



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung Ausgabe 1994 und 2000

In jüngster Zeit fällt der verstärkte Schrumpfungsprozess der Bevölkerung insbesondere in den Landkreisen Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge auf, ein alarmierender Prozess, der Planung wie Politik herausfordert. Allein die Teilregion Hof-Wunsiedel hat zwischen 2000 und 2006 rund 13.000 Menschen verloren. Allerdings ist dabei festzuhalten, dass selbst dort zwischen den einzelnen Gemeinden und auch innerhalb der Orte erhebliche Unterschiede auftreten können (z. B. in Johanneszeche bzw. in Schönbrunn in der Stadt Wunsiedel). Ebenso wird deutlich, dass das Wachstum besonders in den nicht zentralen Orten, häufig im suburbanen Raum auftritt, während gerade die Oberzentren stagnieren oder leichte Abnahmen aufweisen (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Veränderung der Einwohnerzahlen in den Zentralen Orten Oberfrankens 1994 bis 2004 in Prozent

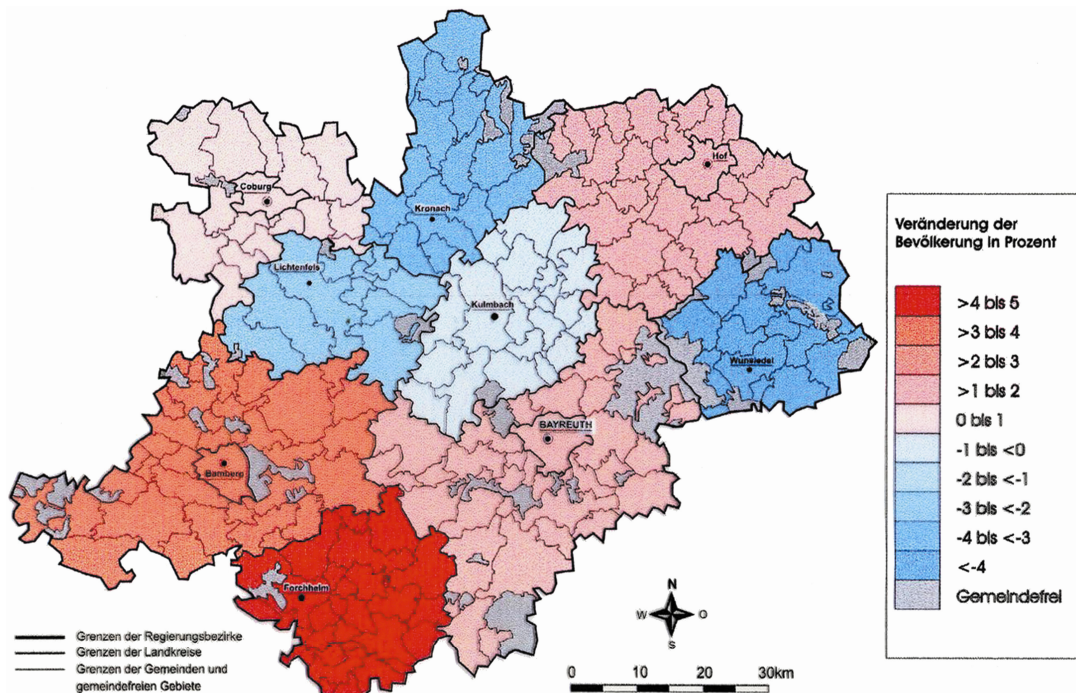


Bei den Prognosen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung zeigt sich jedoch auch, dass die jeweiligen Prämissen entscheidenden Einfluss haben, schwankt doch etwa die Prognose für den Landkreis Kulmbach zwischen leichter Abnahme und bemerkenswerter Zunahme zwischen den Varianten 4 und 5¹ (vgl. Abb. 3 und 4). Allerdings bleiben die Aussagen bezüglich der Bevölkerungsabnahme für die Landkreise Kronach, Lichtenfels und Wunsiedel im Fichtelgebirge recht einheitlich. Für diese Landkreise gilt die politische Herausforderung besonders.

Unabhängig von den regionalspezifischen Auswirkungen ist festzuhalten, dass auch in Bayern mit einem wachsenden Anteil der über 60-Jährigen und einem schrumpfenden Anteil der unter 20-Jährigen zu rechnen ist, eine zunehmende Lebenserwartung sich andeutet, verbunden mit einer Verlängerung der nachberuflichen Lebensphase, jedoch wohl auch mit einem wachsenden Wohlstandsgefälle und einer erhöhten Angst vor „subjektiver Armut“.

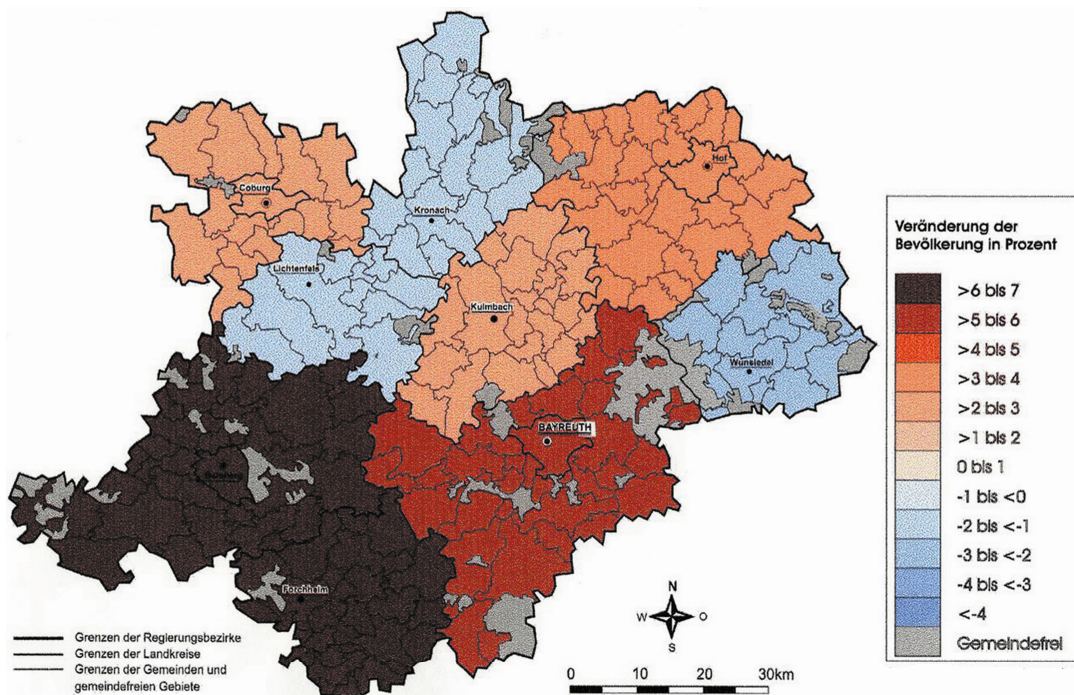
¹ Beide Varianten unterscheiden sich in der Höhe des Wanderungsüberschusses.

Abb. 3: Entwicklung der Bevölkerung in den Gemeinden Oberfrankens zwischen 2002 und 2020 (Variante 4)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 10. Bevölkerungsvorausberechnung Mai 2004, S. 21

Abb. 4: Entwicklung der Bevölkerung in den Gemeinden Oberfrankens zwischen 2002 und 2020 (Variante 5)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 10. Bevölkerungsvorausberechnung Mai 2004, S. 21

Regional differenziert betrachtet, sehen die vorliegenden Prognosen einen relativen Rückgang der Erwerbspersonen in großen Teilen des oberfränkischen und des unterfränkischen Raumes bei einer weiteren Zunahme der über 60-Jährigen vor. Diese Altersgruppe hatte bereits im Jahre 2002 in der Planungsregion Oberfranken-Ost einen Anteil von 19,9% (bayerischer Durchschnitt 16,8%) erreicht. Da auch der prognostizierte Rückgang der unter 20-Jährigen in den Planungsregionen Oberfranken-Ost und -West sowie Rhön-Grabfeld mit 22-28% weit über dem bayerischen Durchschnitt von 16% liegt, kann für die ländlichen Gebiete ein hoher bis sehr hoher Betroffenheitsgrad von Schrumpfungsprozessen der Bevölkerung angenommen werden.

2 Zur Frage der Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen in Oberfranken

2.1 Allgemeine strategische Aussagen

Die Antwort auf die Frage nach den Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen bezieht sich auf zwei Aspekte dieses Phänomens, nämlich den angenommenen Rückgang der Bevölkerung, verstärkt in besonderem Maße in peripheren ländlichen Räumen, möglicherweise auch in altindustrialisierten Regionen, und die zunehmende Alterung der Bevölkerung, gravierend in Gebieten, in denen beide Komponenten sich überlagern, also z. B. im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge. Auswirkungen werden dabei ganz allgemein zu Tragfähigkeitsproblemen (u. a. im Infrastrukturbereich, bei der Verkehrs-, Energie- und Wasserversorgung, bei Handel und Dienstleistungen) die teilweise einen altersspezifischen Infrastrukturbedarf forcieren oder in den größeren Städten als Zielgebieten ausländischer Zuwanderung weitere Einrichtungen für Integrationsaufgaben erfordern.

Mögliche Auswirkungen können den Wohnungsmarkt, den Arbeitsmarkt (etwa die Abwanderung junger qualifizierter Arbeitskräfte) bis hin zur Veränderung des sozialen Gefüges, des regionalen Images und – nicht zuletzt – der Finanzsituation der Kommunen umfassen. Von diesen Wirkungsbereichen sind Kommunen deshalb im besonderen Maße betroffen, weil sie für die öffentliche Daseinsvorsorge Verantwortung tragen. Um wiederum den Aspekt regionaler Differenzierung anzusprechen, sei die Polarisierung der Entwicklung in der Weise betont, dass in peripheren ländlichen Räumen mittel- bis langfristig z. B. bei Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen mit einem Bedarfsrückgang zu rechnen ist (in den neuen Bundesländern bereits aktuell), während in manchen suburbanen Gebieten ein nicht unerheblicher Neubedarf auftreten dürfte.

Dies kann zu folgenden Problemen führen:

- Der Bevölkerungsrückgang kann zu generellen Tragfähigkeitsproblemen (ÖPNV, Handel und Dienstleistungen, soziale und kulturelle Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung) führen.
- Die Altersstrukturverschiebungen bewirken starke Schwankungen beim altersspezifischen Infrastrukturbedarf und erschweren dessen kontinuierliche Planung.
- Die alternde Gesellschaft erhöht die Nachfrage nach altengerechten Infrastrukturen.
- Die Internationalisierung erfordert Einrichtungen für Integrationsaufgaben, insbesondere in Stadtregionen.
- Die Suburbanisierung führt in einigen Räumen zu einem Nebeneinander von Kernstädten mit unterausgelasteter Infrastruktur und Umlandkreisen mit Neubedarf.

2.2 Auswirkungen auf den Handels- und Dienstleistungssektor

Eine Analyse der Auswirkungen im Handelsbereich steht vor dem Problem der nur teilweise vorhandenen statistischen Daten, etwa für eine Prozessanalyse. So liegen aus der Handels- und Gaststättenzählung 1993 Daten vor, neuere Daten müssen eigens erhoben werden. Um für die Zeit 1993 bis 2005 (Zeitpunkt eigener neuer Erhebungen) Aussagen treffen zu wollen, können folgende Stichworte angeführt werden:

- Verstärkte Konzentration: Die Marktmacht großer Ketten wächst, die des mittelständischen Einzelhandels sinkt.
- Zunehmende Filialisierung: Die Zahl von Filialbetrieben großer Unternehmen steigt.
- Verkaufsflächenexpansion: Als Folge von Angebotsausweitungen gewinnt großflächiger Einzelhandel an Bedeutung.
- Dynamische Entwicklung auf der „grünen Wiese“: Durch Agglomerationen von Geschäften entstehen „Subzentren“ des Handels in Gewerbegebieten am Stadtrand mit dem Vorteil der besseren Erreichbarkeit, ausreichender Parkplätze und günstigerer Pachtpreise.
- Trend zum Erlebniseinkauf: Die Gründung von Einkaufszentren (z.B. Rotmain-Center in Bayreuth) trägt diesem Trend Rechnung.

Erweitert man diese Aussagen besonders auf die Zeit des neuen Jahrhunderts, so bieten sich dazu einmal die Aussagen der Regionalpläne Oberfranken-West und -Ost an sowie neuere Informationsquellen des Jahres 2005:

So weist etwa der Regionalplan Oberfranken-West darauf hin, dass zwar eine ausreichende Warenversorgung der Bevölkerung durch den Handel in weiten Teilen der Region gewährleistet ist, es jedoch durchaus Teilräume gibt, in denen eine verbrauchernahe Grundversorgung vor allem mit Gütern des kurzfristigen Bedarfs in stationären Einzelhandelsgeschäften nicht auf Dauer gewährleistet werden kann (etwa in peripher gelegenen Gebieten). Eine Schließung hat oft erhebliche Folgen insbesondere für immobile Menschen.

Damit ist ein gerade in den letzten Jahren auftretendes Problem angesprochen, die Ausdünnung mit Einrichtungen des Einzelhandels in verschiedenen Teilräumen Oberfrankens. Der Prozess ist deshalb so problematisch, weil bereits Dienstleistungsbetriebe der öffentlichen Hand, etwa Postfilialen, oder des privaten Sektors, etwa Bankfilialen, diese Entwicklungsrichtungen vorgeführt haben (vgl. Abb. 5 und 6, vgl. Danielzyk/Dittmeier 2002).

Abb. 5: Ausdünnung des Postfilialnetzes mit der Postreform II (im Zeitraum vom 01.01.1994 bis 01.01.1998) in den Gemeinden der Landkreise Bayreuth, Hof, Kulmbach und Wunsiedel

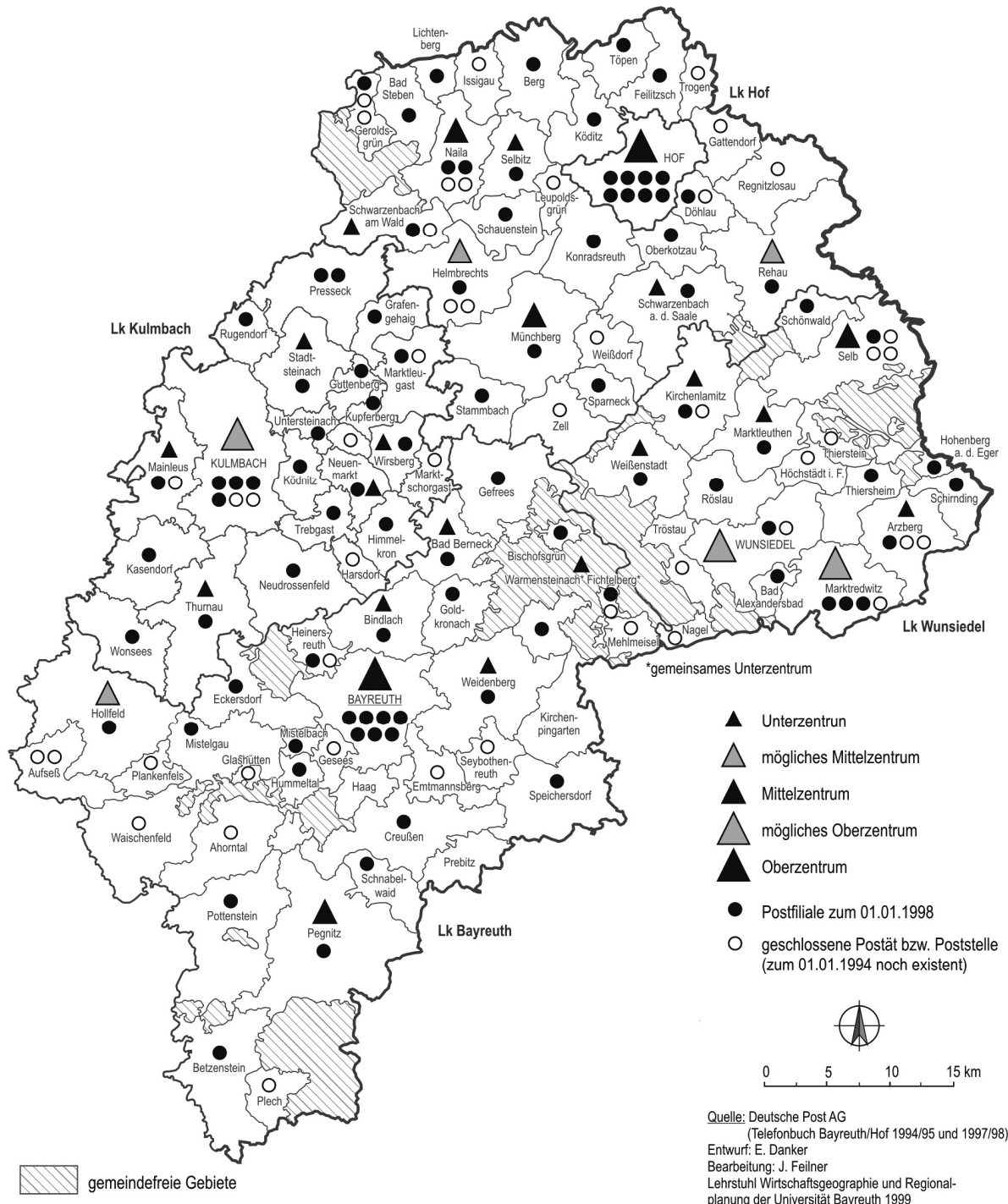
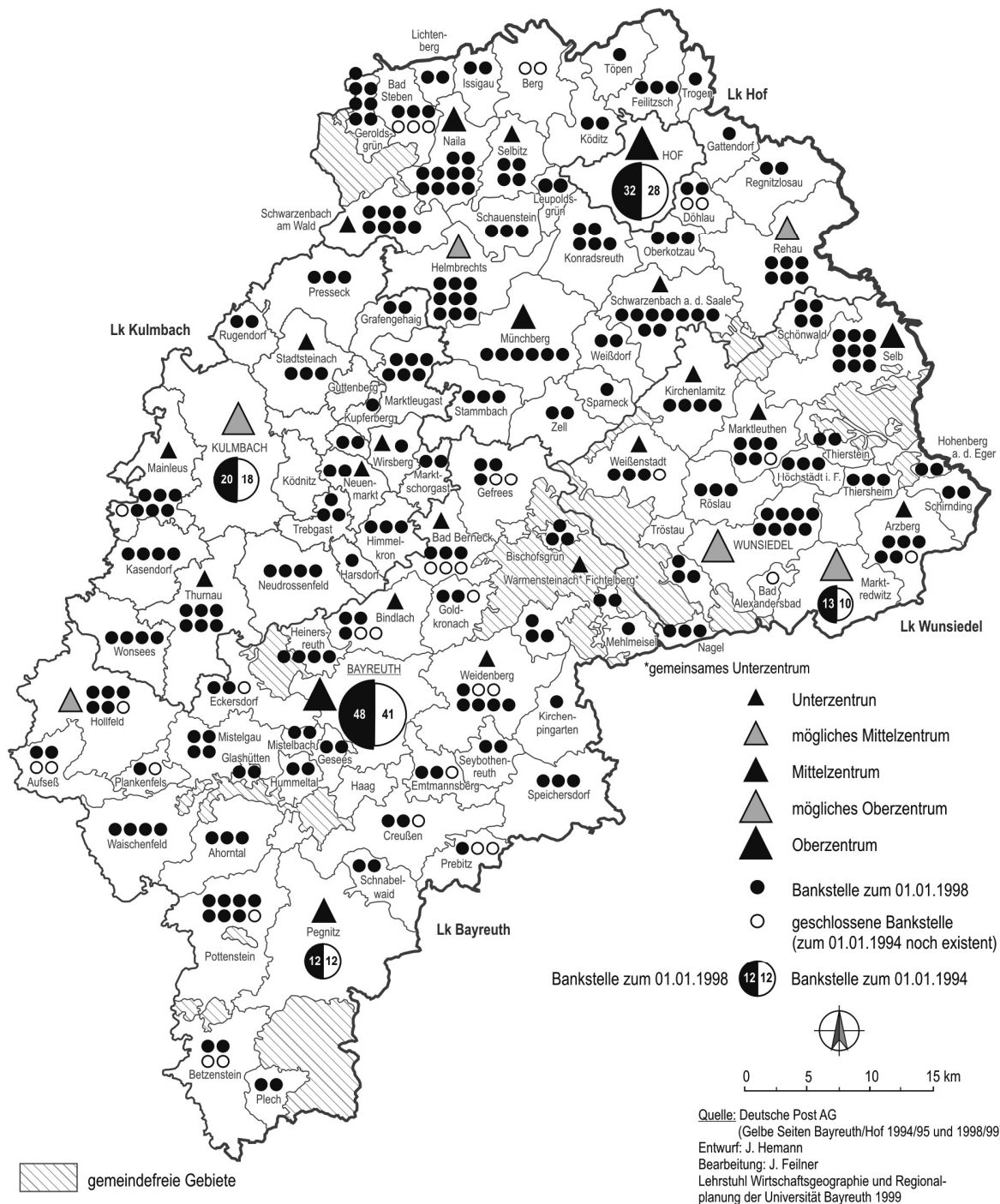


Abb. 6: Entwicklung des Bankfilialnetzes (im Zeitraum vom 01.01.1994 bis 01.01.1998) in den Gemeinden der Landkreise Bayreuth, Hof, Kulmbach und Wunsiedel



Regional werden damit die schon einmal angesprochenen Räume betont, z. B. in der Fränkischen Schweiz oder im Frankenwald, jedoch häufig in den Gemeinden mit großer Zahl an Ortsteilen mit geringer Bevölkerungszahl, in denen sich darüber hinaus der demographische Wandel erheblich auswirkt (etwa in Teilen des Landkreises Wunsiedel im Fichtelgebirge). Damit ist auch ein wesentlicher Einflussfaktor der Entwicklung des Handels in Oberfranken angesprochen, die Alterung der Bevölkerung insbesondere in den Landkreisen Kronach, Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge sowie in Letzterem

auch die teilweise vorhandene Abwanderung jüngerer, qualifizierter Bevölkerungsgruppen.

Dies zeigt sich auch in der Darstellung der Einzelhandelsbetriebe und -beschäftigten 2005, einer Sonderauswertung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, wonach nicht nur der Zahl nach, sondern auch bezüglich der Größenstruktur die Ober- und Mittelzentren erwartungsgemäß hervortreten, während andererseits deutliche Lücken in der Versorgung im Fichtelgebirge, im Frankenwald und vor allem in der Fränkischen Schweiz vorhanden sind (vgl. Beitrag Breitenfelder in diesem Band).

Erweitert man diese auf statistischer Daten beruhenden Aussagen auf empirische, kleinräumlich durchgeführte Erhebungen, bieten sich die Ergebnisse eines studentischen Geländepraktikums der Universität Bayreuth 2005 an. Sie beziehen sich auf die beiden Gemeinden Röslau und Thierstein im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge (im historischen Sechsamterland):

Die Gemeinde *Röslau*, ca. 2.500 Einwohner, am Rande des Naturparks Fichtelgebirge gelegen, lange Zeit landwirtschaftlich geprägt, im 20. Jahrhundert Standort von Porzellanindustrie, ist heute durch Alterung bzw. Abwanderung der Bevölkerung gekennzeichnet, was neben einer innerörtlichen Gewerbekonzentration schon zu vermehrten Leerständen bei Wohnhäusern und Gewerbebetrieben geführt hat. Bei der Versorgungssituation war im Rahmen der Befragungen der Bevölkerung festzustellen, dass diese ausgesprochen ungünstig beurteilt wird (mit einer Durchschnittsnote von 3,7). Dies führt dazu, dass 21 % der Befragten Online-Shopping betreiben, vor allem bei Bekleidung und Büchern, sowie gerne auf mobile Verkaufseinrichtungen zurückgreifen, im konkreten Fall auf das Angebot eines mobilen Bäckers. Wie man erkennt, versucht die Bevölkerung, Alternativen zum nicht mehr bzw. nicht mehr ausreichend vorhandenen Einzelhandelsangebot zu finden, was sich auch in der Zunahme von Fahrgemeinschaften und Nachbarschaftshilfe zeigt.

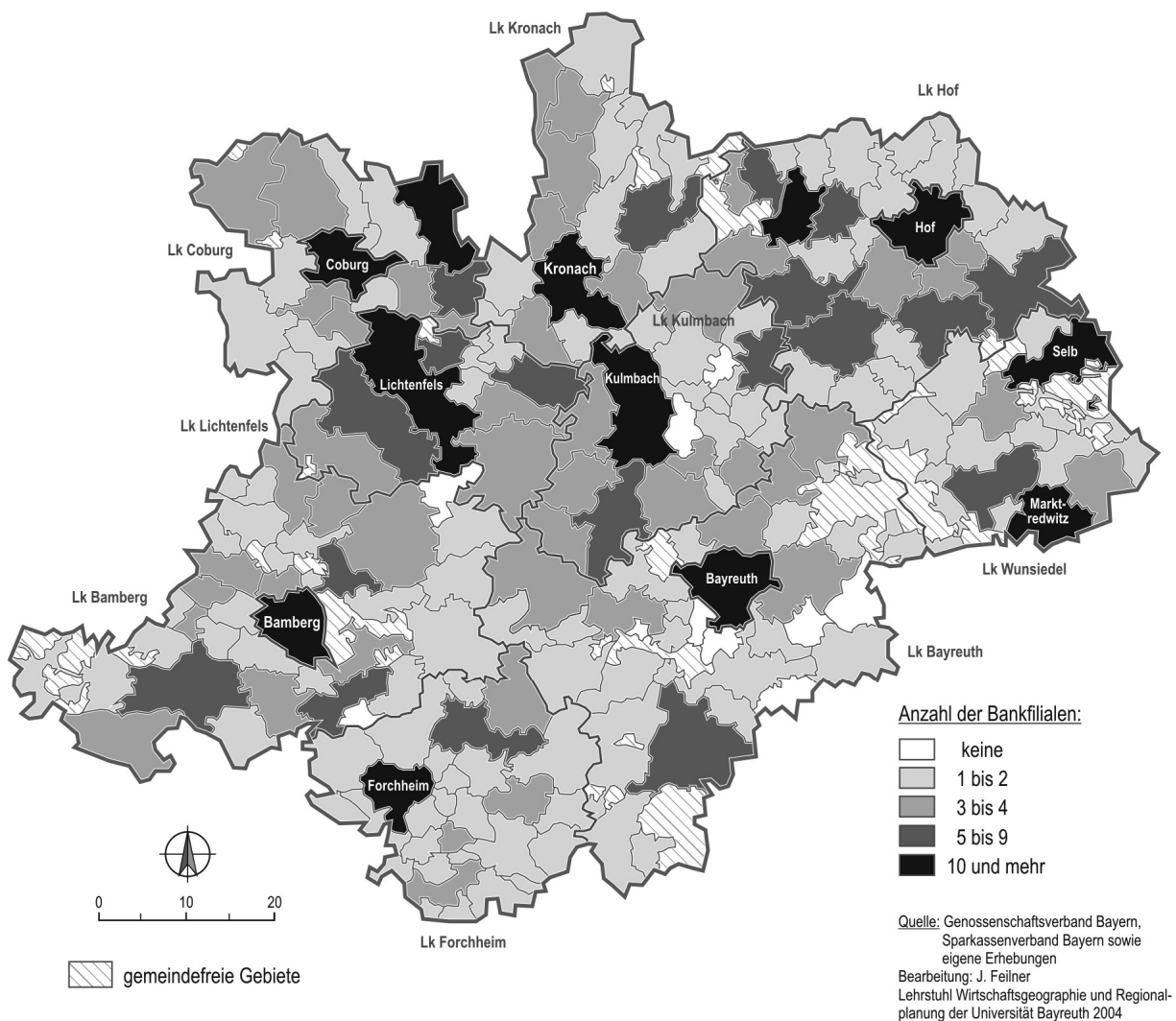
In der Marktgemeinde *Thierstein*, rund 1.500 Einwohner, mit einer ganzen Reihe interessanter historischer Gebäude, spielte die Porzellanindustrie (in Selb) traditionsgemäß eine große Rolle. Der massive Abbau der dortigen Beschäftigungszahlen wirkte wie ein Schock auf dem Arbeitsmarkt und erst langsam entwickeln sich neue Betriebe und Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch wird verständlicherweise angesichts zahlreicher Leerstände die Versorgungssituation ungünstig von der Bevölkerung beurteilt, das Online-Angebot und auch mobile Angebotsformen werden jedoch wenig oder gar nicht genutzt. Neben Nachbarschaftshilfe hat sich bei vielen Befragten Resignation breit gemacht, Konsumverzicht ist häufig die Folge, wohl eine kritische Situation angesichts des Ziels der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen.

Ziehen wir als weiteren Bereich der Dienstleistungen die Versorgung mit Banken und Sparkassen heran, so sind auch diese Standorte in den letzten Jahren häufig ausgedünnt (vgl. Abb. 6) oder in ihrer Angebotstiefe reduziert worden. Deshalb wird von Seiten der Nachfrager gerade in peripheren ländlichen Räumen das Fehlen einer wohnortnahen Versorgung beklagt. Zwar kann aktuell noch von einer relativ günstigen flächendeckenden Versorgungssituation gesprochen werden, jedoch ist in weiten peripheren Teilen Oberfrankens ein dünnes Geschäftsstellensystem gegeben. So sind im größten Bereich der Fränkischen Schweiz, dem Fichtelgebirge, dem nördlichen Frankenwald sowie der Region nördlich von Hof zwei Filialstellen oder weniger je Gemeindegebiet anzutreffen, wodurch sich durch eine zusätzliche Reduzierung in diesen Räumen eine rasch entstehende Versorgungsproblematik ergeben könnte (Neundörfer 2007).

Ohne Filialstandorte sind insgesamt zehn der 214 Gemeindegebiete in Oberfranken. Oberfranken liegt mit rund 1.500 Einwohnern je Bankstelle deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Damit besitzt die Region immer noch eines der stärksten nationalen und internationalen Filialnetze. Auch diese Tatsache bestätigt einmal mehr, dass es in Zukunft zu einer noch stärkeren Ausdünnung kommen wird. Dabei lassen sich wiederum im Bereich der Fränkischen Schweiz und des nördlichen Frankenwaldes sowie in Ansätzen im Fichtelgebirge, mit Ausnahme des Grenzraumes, Filialstellen erkennen, die deutlich weniger als 1.500 Einwohner betreuen (vgl. Abb. 7).

Bei einem räumlichen Vergleich der Standorte der Filialstellen der einzelnen Banken mit den im Landesentwicklungsprogramm Bayern 2003 bzw. im Regionalplan Oberfranken-Ost definierten Zentralen Orte lassen sich ähnliche Tendenzen erkennen. Allein Klein- und Unterzentren verfügen demnach über beinahe die Hälfte aller Standorte der Filialen in Oberfranken. Dabei scheinen gerade diese in Zukunft von Filialnetzreduzierungen am intensivsten betroffen zu sein.

Abb. 7: Filialnetz der Kreditinstitute in Oberfranken 2004



Quelle: Neundörfer (2007: 152)

2.3 Auswirkungen auf Einrichtungen im Gesundheitssektor

Greift man als weiteres Beispiel aus dem Spektrum der möglichen Wirkungen jene auf die soziale Infrastruktur heraus, so zeigt sich die lokale bzw. teilräumliche Betroffenheit besonders deutlich. So ist zwar die medizinische Versorgung im stationären und ambulanten Bereich in Oberfranken noch ausreichend vorhanden, für die hausärztliche Versorgung zeichnet sich jedoch ab, dass aufgrund zahlreicher altersbedingter Praxisaufgaben in den nächsten fünf bis zehn Jahren und der Schwierigkeiten bei der Wiederbesetzung der Praxen eine Unterversorgung wahrscheinlich ist. In Räumen mit hoher Mobilität ist dies möglicherweise zu regeln, in Gebieten mit überdurchschnittlich vielen alten Menschen und geringer Mobilität führt dies rasch zu erheblichen Problemen für die Versorgung der Bevölkerung in diesen Räumen.

Dabei wird der Bedarf an ambulanter und haushaltsnaher Unterstützung für ältere Menschen weiter steigen. Die familiären Netzwerke werden u. a. aufgrund der Abwanderung dünner und ein größerer Teil der älteren Menschen wird auf Hilfe von außen angewiesen sein. Gleichzeitig werden diese Dienstleistungen immer teurer, da die Finanzierung in der bisherigen Form über die Pflegeversicherung nicht mehr möglich sein wird. Um eine Kostenexplosion im Pflegebereich zu vermeiden, sind neue Ansätze und Organisationsformen in der Pflege zu finden. Zukunftsfähig sind insbesondere nachbarschaftsbezogene Ansätze, die darauf zielen, Synergieeffekte bei den professionellen Dienstleistungen und der Mobilisierung von sozialen Netzwerken und Selbstorganisation zu erreichen.

3 Diskussion möglicher Strategien zur Regelung der Probleme

3.1 Ziele und Handlungsanleitungen allgemeiner Art

Um den Prozess der demographischen Entwicklung beeinflussen zu können – durchaus schwierig auf der lokalen und regionalen Ebene – ist zunächst das Erkennen und die Wahrnehmung der sich vollziehenden Abläufe erforderlich. Eine der wichtigsten Aufgaben der Raumordnung und der Regionalen Entwicklungspolitik besteht in der Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb erscheint es notwendig, in Regionen, die Bevölkerungsverluste verzeichnen, sämtliche kommunalen Planungsprozesse dahingehend zu untersuchen, ob sie sich mit den derzeitigen und prognostizierten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kommunalen Entwicklungstendenzen vereinbaren lassen. Mit traditionellen wachstumsorientierten Handlungsstrategien werden sich dabei keine effektiven Lösungen der Umstrukturierung finden lassen.

Die wachstumsorientierte „Verteilung“ von Zuwächsen, die vorwiegend auf Neuausweisung und Neubau orientierten Instrumente und die ordnungsorientierte Steuerung der Flächennutzung und baulichen Entwicklung stellen Planungsansätze dar, die auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Wachstums entwickelt wurden. Hier gilt es, in den betroffenen Regionen umzudenken und die Planungsansätze stärker in Richtung Bevölkerungsrückgänge und Alterung zu orientieren.

Eine kosteneffektive Bestandsentwicklung, eine Stabilisierung, gar eine Revitalisierung oder eine Wiedernutzung von Flächen und Gebäuden benötigen eine Planung als Management von Umstrukturierungsprozessen, die strategische und integrierte Konzepte nutzt und sich von der eingegengten Sicht auf das eigene Kommunalgebiet löst, um zu versuchen, mit interkommunalen Kooperationen und intersektoralen Koordinationen den Prozess zu steuern. Vielfach gilt es, dieses Zusammenwirken von öffentlicher Hand

und privater Wirtschaft durch bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen, was nicht zuletzt auch die Akzeptanz der Maßnahmen fördert.

3.2 Länder-, regional- und branchenspezifische Vorschläge

Bereits seit den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts ist das Konzept der *ländlichen Zentren in Irland* bekannt. Häufig ausgehend von einem Restaurant mit Pub erweiterte sich die Einrichtung um einen Lebensmittelbereich, eine Apotheke, einen Andenken-shop für Touristen, eine Postfiliale bzw. einen Bankautomaten, eine Rotkreuz-Station und weiteres. Meist an Verkehrsknoten gelegen, wird somit die Versorgung in ländlichen Räumen aufrechterhalten.

Damit verwandt ist in Deutschland, ebenfalls seit den 1990er-Jahren, der *Nachbarschaftsladen* (vgl. Stiens/Pick 2001). Das Personal wird von den Gesellschaftsmitgliedern gestellt, das Honorar entspricht nicht immer den marktüblichen Sätzen, wobei neben der Grundversorgung der Bevölkerung ein breites Spektrum an öffentlichen und privaten Dienstleistungen vorkommen kann. Bemerkenswerte Beispiele sind in Bayern etwa Rödelsee im Landkreis Kitzingen und – recht erfolgreich – die Gemeinde Niederrieden im Landkreis Unterallgäu.

In gleicher Weise müssten hierzu noch die Modelle zur *dezentralen Erhaltung von Nachbarschaftsdiensten* und das *Bürger-Büro* gerechnet werden.

Um die Nahversorgung aufrechtzuerhalten, müssen flexible Formen der Grundversorgung, wie z.B. *Bring- und Abholdienste* weiterentwickelt und *e-Commerce-Strukturen* in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere auf Ebene der Kommunen, aufgebaut werden. Nachbarschaftshilfe und privates bürgerliches Engagement sollen gefördert werden.

Die Aufrechterhaltung der *wohnnahen schulischen Grundversorgung* mit Grund- und Hauptschulen ist wesentlich für die Funktionsfähigkeit des peripheren ländlichen Raumes. Bei Bedarf müssen zur Sicherung der schulischen Mindestausstattung *jahrgangsgemischte Klassen* und kleine Klassenstärken mit angepassten pädagogischen Konzepten eingerichtet werden. Bei den Berufsschulen ist eine stärkere landkreisübergreifende, in der Nähe der Grenze von Bundesländern aber auch eine länderübergreifende Kooperation erforderlich.

Grundsätzlich gilt es, eine Bündelung von Infrastrukturangeboten an Zentralen Orten, regionalen Siedlungsschwerpunkten und Verkehrsknotenpunkten bei gleichzeitigem Aufbau mobiler Versorgungssysteme (Gesundheitszentren, mobile ärztliche Versorgung, Rufbusse, Anruf-Sammel-Taxis usw.) anzustreben; eine Koppelung von Funktionen (z.B. mobile Bibliotheken mit Paketdiensten) ist vorzunehmen. Gleichzeitig muss eine Neubewertung bzw. Anpassung von Mindeststandards bei der kommunalen Daseinsvorsorge erfolgen und eine regionale Koordination des Angebots geprüft werden.

In diese Richtung zielt ein Projekt der japanischen Post, für uns wohl noch eine Vision: Dort, insbesondere in ländlichen, peripheren Gebieten, übernimmt der Postbote neben seinen Kernaufgaben der Zustellung auch Aufgaben der Fürsorge. So sieht er vor allem bei älteren und alleinstehenden Personen vorbei, erkundigt sich nach deren Wohlergehen und führt gelegentlich auch kleinere Hilfsarbeiten durch. Im Durchschnitt sind dies sechs bis sieben Personen, die täglich eine Betreuung erhalten, finanziert durch Zuschüsse der Gemeinden und der staatlichen Sozialversicherung – ein Modell, das auch für uns nicht so abwegig ist.

3.3 Zivilgesellschaftliches Engagement als notwendige Ergänzung zur staatlichen Daseinsvorsorge

Unter der Annahme, dass der öffentliche Auftrag umfassender Daseinsvorsorge von Seiten des Staates nicht mehr aufrechterhalten werden kann, wird es trotz der oder gerade entgegen den derzeitigen individualistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft darum gehen, eine neue bzw. vertiefende, weil in den ländlichen Räumen noch lebendige bürgerschaftliche Eigenverantwortung weiter zu entwickeln. Dies trifft schon heute besonders im Sportbereich, jedoch auch im Kultur- und Sozialbereich zu. Glück (2000) sieht dabei als die beiden Säulen dieser „aktiven Bürgergesellschaft“ zum einen die Verantwortung für sich selbst und für andere sowie zum anderen die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips in allen Lebensbereichen mit dem Vorrang der kleinen Einheit. Der Staat wird jedoch nicht aus seinen Verpflichtungen entlassen, hat er doch etwa den sozialen Ausgleich durch die Solidarität der Starken mit den Schwachen sicherzustellen.

Dafür ist auf ein neues Denken der Menschen vor Ort im Sinne eben einer *engagierten Zivilgesellschaft* hinzuwirken. Da zu diesem Thema derzeit vielerorts gearbeitet wird und man von den Umsetzungen auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg bereits lernen kann, etwa was das Engagement, die gekonnte Außenpräsentation und die vielfältige Informationspolitik betrifft, erscheint die Erarbeitung aktueller, integrierter Seniorenpläne mit entsprechendem Engagement der Senioren selbst eine Notwendigkeit, allerdings im Sinne eines Netzwerkes verschiedener Kommunen, im Interesse möglichst großer Lerneffekte.

Literatur

- Danielzyk, R.; Dittmeier, V. (2002): Konsequenzen der Deregulierung in Staat und Gesellschaft für die Raumordnung. In: Blotevogel, H. H. (Hrsg.): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts. Hannover, S. 120-126. = Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 217.
- Glück, A. (2000): Die aktive Bürgergesellschaft. In: Glück, A.; Magel, H. (Hrsg.): Neue Wege in der Kommunalpolitik. München, S. 1-10.
- Stiens, G.; Pick, D. (2001): Nachbarschaftsdienste in dünn besiedelten Gebieten. Bonn. = Arbeitspapiere des BBR, H. 1.
- Neundörfer, M. (2007): Strukturwandel im Bankensektor – Auswirkungen auf Standorteffizienz sowie Versorgungslage. In: Maier, J. (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie von Oberfranken. Bayreuth, S. 143-157. = Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 256.